

STAND PUNKT

Brandschutz: heißes Thema für Reformen

Brandschutz als Wahlkampfthema? Im Saarland ist es jetzt anlässlich der Landtagswahl so gekommen. Fast alle Kandidaten für den Landtag argumentieren in die gleiche Richtung: Manche Brandschutzregeln gehören überprüft. Vor allem aber soll ihre Anwendung sachgerechter, einheitlicher und berechenbarer werden, so auch die Forderung der Architektenkammer des Saarlandes. Wir als Architektenschaft begrüßen sehr, dass sich die Landespolitik endlich des Themas annimmt; haben wird doch, zusammen mit unseren Kollegen von der Ingenieurkammer und anderen Betroffenen, es immer wieder zur Sprache gebracht.

Um Missverständnissen vorzubeugen: Brandschutz ist lebensnotwendig. Wäre er schwach, dann kämen in Deutschland weit mehr als 343 Menschen im Jahr durch Rauch, Feuer und Flammen um – so viele waren es 2015. Doch obwohl der Aufwand für Brandschutz und der Anteil der dafür optimierten Neubauten ständig steigt, sinkt die Zahl der Opfer kaum noch. Aus Übereifer oder der Ängstlichkeit mancher Behörden droht der Brandschutz zum Selbstzweck zu werden.

Das betrifft nicht nur den Brandschutz in Schulen, wo Aulen kaum noch für Abiturfeiern und Theateraufführungen genutzt werden dürfen, oder Brandschutztüren in Kindergärten, die kein Kind mehr öffnen kann, sondern es greift tief in die Grundstruktur von Bauten ein. Da gibt es, insbesondere für Sonderbauten oder Umnutzungen, vor der Genehmigungsprozedur kaum abschätzbare Anforderungen an Rettungswege, Brandabschnittsgrößen, Materialien, Entrauchung und Besprinklerung. Es werden Bestandsbauten gesperrt, in denen seit Jahrzehnten oder gar Jahrhunderten niemand Brandgefahr gesehen hat. Andere werden nicht modernisiert, weil dann der Bestandsschutz verfallen würde, aber die Brandschutzanforderungen nicht wirtschaftlich umsetzbar sind. Also verfällt stattdessen das Gebäude. Dies alles sind nicht Folgen verschärfter Regeln. Es sind die Folgen der verschärften Anwendung der einschlägigen Brandschutzregelungen.

Da Brandschutz nun mal hochkomplex ist, sollte er zentralisiert werden. In einem kleinen Bundesland

wie unserem kommt da durchaus eine zentrale Behörde infrage oder in jeder Bauaufsichtsbehörde die Bündelung dieser Aufgabe bei einem Experten. Nochmals sei betont: **Es geht nicht darum, Risiken zu erhöhen, sondern darum, dass für den Brandschutz künftig genau das gefordert und getan wird, was nötig ist – und nicht mehr alles, was ein Sachbearbeiter ohne Rücksicht auf Kosten und Einbußen für den Bau und seine Nutzer für möglich hält.** Zu groß ist die Angst, Verantwortung zu übernehmen, wenn Regeln eventuell nicht strikt eingehalten wurden.

Von einer „Diktatur der Feuermelder“ und damit der Feuerwehr sprach vor einigen Monaten die angesehene Zeitung „Die Zeit“. Das ist natürlich überspitzt. Es ist oft auch nicht die Feuerwehr, es sind Verwaltungen und eine Industrie, die auch an der Angst verdient. Ein Beispiel: In Deutschland herrscht die Rauchmelderpflicht, seit Anfang dieses Jahres auch im Saarland. Das freut Hersteller und vor allem Wartungsfirmen. Aber es bringt der Feuerwehr ein Problem: Ist der Rauchmelder auf eine Brandmeldeanlage angeschaltet, muss sie bei jedem Fiepen ausrücken – egal ob ein Fehlalarm oder ein echter Brand auf sie wartet. Selbst Brandschützer leiden demnach unter den Anforderungen an den Brandschutz.

Nochmals unser Ziel: die einheitliche Handhabung der gesetzlichen Grundlagen unter Wahrung eines gesunden Maßes. ■

Alexander Schwelm, Präsident der Architektenkammer des Saarlandes



Foto: Saarbrücker Zeitung/Hobby Lorenz